

Europäische Staatlichkeit in der posthegemonialen Konstellation

*Daniel Keil**

Schlüsselwörter: Europäische Integration, Staatstheorie, Krise, Autoritarismus, Hegemonie

Zusammenfassung: Die Europäische Union befindet sich in einer umfassenden Krise, die sich von der Euro- und Finanzkrise der 2010er Jahre bis zu den disruptiven Ereignissen der Corona-Krise erstreckt. Deren politische Bearbeitung und jeweiligen Ursachen werden gegenwärtig in den Politik- und Sozialwissenschaften sehr unterschiedlich beobachtet: Eine der häufigsten Annahmen sieht eine neue gesellschaftliche Spaltungslinie zwischen Globalisierung und Nationalstaat. Andere sehen die Krise als Effekt eines sich selbst überlebenden Neoliberalismus, der sich derart in die staatlichen Institutionen eingeschrieben habe, dass alternative Entwicklungspfade blockiert werden. Der Artikel greift die Fäden dieser verschiedenen Debatten beziehungsweise Ansätze auf und bündelt sie aus einer staats- und hegemonietheoretischen Perspektive neu. Durch diese theoretische Perspektive wird es möglich, die unterschiedlichen Krisen und ihre Bearbeitung in ihrem Zusammenspiel zu analysieren. Es entsteht eine posthegemonale Konstellation, die maßgeblich durch die Entwicklungen europäischer Staatlichkeit in der Krise geprägt ist.

Abstract: The European Union is amid a comprehensive crisis, ranging from the euro and financial crisis of the 2010s to the disruptive events of the Corona crisis. Their political treatment and their respective causes are currently observed very differently in the political and social sciences: One of the most common assumptions sees a new cleavage between globalization and the nation state. Others see the crisis as the effect of a self-surviving neoliberalism that has inscribed itself in state institutions in such a way that alternative paths of development are blocked. This article picks up the threads of these different debates or approaches and re-bundles them from a state- and hegemony-theoretical perspective. This theoretical perspective should make it possible to analyze the different crises in their interplay. A posthegemonic constellation is emerging that is decisively shaped by the developments of European statehood in crisis.

* Daniel Keil, Universität zu Köln
Kontakt: daniel.keil@uni-koeln.de

1. Einleitung

Es herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Europäische Union sich in einer tiefgreifenden Krise befindet, die aus einem Zusammenspiel verschiedener Krisendimensionen besteht.¹ Die Diagnosen über deren jeweilige Ursachen und Bearbeitungen fallen allerdings sehr unterschiedlich aus: Als Entwicklung einer neuen Spaltungslinie, als Polarisierung oder als Krise der Demokratie. Insbesondere wirkmächtig sind die Annahmen einer neuen Spaltungslinie und einer gesellschaftlichen Polarisierung, die zu einem Schwinden des Konsenses über den grundsätzlichen Fortschritts- und Entwicklungspfad der demokratischen Institutionen führe (vgl. Zimmer 2019). Uneinigkeit scheint nur darüber zu herrschen, welche Polarisierungen ab welchem Punkt problematisch für die Demokratie werden. Zu beobachten sind dabei eine gewachsene Bedeutung der Cleavage-Theorie (vgl. Rokkan 2000), vor deren Hintergrund eine neue gesellschaftliche Spaltungslinie zwischen dem Globalen und Nationalen konstatiert wird (vgl. zum Beispiel Widmann 2016). Ergänzend wird die Frage diskutiert, ob dabei kulturelle oder ökonomische Faktoren ausschlaggebend seien für die Entwicklung zweier gesellschaftlicher Blöcke (vgl. Manow 2018; Zürn 2020). Analog wird die Krise der Demokratie als Resultat eines Niedergangs des Nationalstaats in der Globalisierung gedeutet (vgl. Streeck 2021; Jörke 2019). Im Unterschied zu diesen Ansätzen soll im Folgenden argumentiert werden, dass die Krise der Demokratie nicht auf ein Missverhältnis globaler Ökonomie zu nationaler Politik zurückzuführen ist, sondern dass es sich vielmehr um eine politische Krise handelt, die nicht allein eine nationalstaatliche ist, sondern fundamental in der Entwicklung europäischer Staatlichkeit angesiedelt ist. Die räumliche Diversifizierung von Staatlichkeit ist ein wichtiges Element der Krise. Als deren zentrales Merkmal wird die tendenzielle Verunmöglichung der Herstellung eines gesellschaftlichen Konsenses im Zuge der Krisenbearbeitung angesehen. Daher muss die Veränderung von Staat und Politik im und durch den europäischen Integrationsprozess Berücksichtigung finden.

Mit der Covid-19-Pandemie verschärften sich die krisenhaften Entwicklungen, führten aber auch zur Aufweichung vormals äußerst unverrückbarer Prinzipien. Mit den Beschlüssen zur Aufbau- und Resilienzfazilität und zum *NextGenerationEU*-Programm (vgl. Europäischer Rat 2020a) wurde mit der Aufweichung des Verschuldungsverbotes zumindest ein zentraler Grundsatz der Europäischen Union modifiziert. Es ist jedoch fraglich, ob dies als Abkehrbewegung von der neoliberalen Konstitution zu verstehen ist (vgl. Oberndorfer 2020a). Vielmehr verstärkten sich während der Coronakrise gleichzeitig integrative wie auch „zentrifugale Kräfte“ (Sablowski 2020). Die Europäische Union versucht in ihren Programmen in Verbindung mit der *Konferenz für die Zukunft Europas* (im Folgenden: *CoFoE*) eine Art neuen Konsens herzustellen, allerdings ohne die autoritären Tendenzen europäischer Entwicklung abzuschwächen. Zudem haben sich die Grundlagen der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Krisen verändert. So scheint

1 Ich danke den unbekanntem Reviewer*innen und den Herausgeber*innen für ihre kritischen Anmerkungen und Hinweise.